

Medienmitteilung

Bern, 11.08.2020, Sperrfrist bis 14.15 Uhr

Ein breites Komitee für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Die Entscheidung über den Ersatz der seit 1978 und 1996 im Einsatz stehenden Kampfflugzeuge fällt am 27. September 2020. Unter der Führung des Vereins für eine sichere Schweiz setzen sich Vertreterinnen und Vertreter von FDP, SVP, CVP, BDP, grünliberale, EVP, sowie verschiedene Organisationen wie Swissmem, Schweizerischer Arbeitgeberverband, Aero-suisse, Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG), AVIA – Gesellschaft der Offiziere der Luftwaffe, Schweizer Schiesssportverband und andere mit aller Kraft für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ein.

Air2030 – worum geht es?

Die Schweiz soll ihre seit 1978 und 1996 im Einsatz stehenden Flugzeuge für maximal 6 Milliarden Franken durch neue Flugzeuge im Rahmen des Programms «Air2030» ersetzen. Diese Erneuerung wird ausschliesslich aus dem Armeebudget bezahlt und soll den Schutz in der Luft ab dem Jahr 2030 sicherstellen. Hierbei geht es nicht nur um mögliche Bedrohungen in der Zukunft, sondern auch um die mit dem Luftpolizeidienst verbundenen Aufgaben. Gegen diesen Bundesbeschluss wurde von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) das Referendum ergriffen. Am 27. September kommt es deshalb zu einem Grundsatzentscheid: Flugzeuge zum Schutz der Schweizer Bevölkerung – Ja oder Nein.

In jeder Situation den richtigen Schutz

«Die Planungen der Zukunft unserer Sicherheit ist die Grundlage für heute zu treffende, aber erst in ein paar Jahren aktuelle Beschaffungsentscheide. Es gilt deshalb am 27. September nicht nur auf die heutige Sicherheitslage zu schauen, sondern darum, ob sich die Schweiz in den nächsten 30 bis 40 Jahren in einer heute noch undenkbaren Krise oder bei Bedrohungen die Bevölkerung vor Angriffen aus der Luft schützen und den Luftpolizeidienst durchführen kann.» eröffnete der Kampagnenleiter Ständerat Thierry Burkart die Pressekonferenz. Deshalb gilt es, die seit 1978 und 1996 im Einsatz stehenden Flugzeuge durch neue zu ersetzen. Er fügte hinzu «Unsere Sicherheit baut auf ein Gesamtsystem. Alle Institutionen, die zu unserer Sicherheit beitragen, wichtig, wie zum Beispiel: Polizei, Grenzwachtkorps, Feuerwehr, Ambulanz, Zivilschutz, Cybereinheiten und auch die Luftwaffe zum Schutz des Luftraums und im Dienste der zivilen Behörden im Rahmen des Luftpolizeidienstes. Wir müssen auf alle allfälligen Gefahren vorbereitet sein und nicht erst an die Bekämpfung von Krisen denken, wenn sie schon da sind. Wir brauchen für jede Situation den richtigen Schutz». Ständerätin Brigitte Häberli-Koller ergänzte: «Dabei sind auch Bedrohungen zu berücksichtigen, die uns heute weniger wahrscheinlich erscheinen. Gegenwärtig zeichnet sich im Luftraum ein klaffende Sicherheitslücke ab. Es ist deshalb keine Frage von Entweder-oder, sondern nur des Sowohl-als-

auch. Kein Land schafft seine Luftwaffe ab und konzentriert sich nur noch auf Cyber-Abwehr». Diesem Votum schloss sich Nationalrat und Militärpilot Thomas Hurter an: «Neue Feuerwehrautos kauft man sich auch nicht erst dann, wenn das Haus brennt. Auch wenn die Flugzeuge über die Jahre modernisiert wurden, ist es wie bei einem Auto, welches seit 1978 immer wieder einen neuen Motor bekommen hat: es wäre untauglich für die polizeilichen Aufgaben». Nationalrätin Lilian Studer ergänzte «Wie wir am Boden verschiedene Institutionen haben, die für unsere Sicherheit sorgen, haben wir zum Schutz und zur Verteidigung des Luftraums eine Kombination aus Kampfflugzeugen und bodengestützter Luftverteidigung durch die Armee.»

Breites Komitee

Dem breiten Komitee gehört auch eine Überraschung an: Alt-Nationalrätin Chantal Galladé kämpfte an vorderster Front gegen den Tiger-Teilersatz durch den Gripen: «Dieses Mal werde ich Ja stimmen, weil es um etwas anderes geht. Es geht um die Frage, ob die Schweiz eine Luftwaffe braucht oder nicht. Es geht um die Zukunft der Sicherheitspolitik als Ganzes, um unsere Aussen- und Friedenspolitik, sowie eine glaubwürdige Neutralität.», so die Zürcherin. Der Berner Nationalrat Lorenz Hess fügte diesem Votum seine kantonale Sicht hinzu: «Der volkswirtschaftliche Nutzen der Militärflugplätze ist für die Standortregionen, beispielsweise Meiringen, nicht von der Hand zu weisen. Aber nicht nur für die umliegenden KMU ist die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge in Zeiten leerer Auftragsbücher wichtig: Beim neuen Kampfflugzeug muss das zum Zug kommende Herstellerunternehmen den Vertragswert zu 60 Prozent durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz kompensieren. Damit werden in den kommenden Jahrzehnten mehrere hochqualifizierte Arbeitsplätze gesichert und hilft, dass in Zeiten von Corona nicht Stellen abgebaut, sondern aufgrund von zusätzlichen Aufträgen Arbeitsplätze ausgebaut und gesichert werden.»

Weitere Informationen zur Ja-Kampagne: www.sicherheit-ja.ch

Kontakte:

- › Ständerat Thierry Burkart (FDP), Präsident Verein für eine sichere Schweiz VSS, 079 828 55 81
- › Nationalrat Thomas Hurter (SVP), Präsident Aerosuisse, 079 634 51 79
- › Ständerätin Brigitte Häberli-Koller (CVP), 079 749 14 38
- › Alt-Nationalrätin Chantal Galladé (grünliberale), 079 238 93 56
- › Nationalrat Lorenz Hess (BDP), 079 356 59 26
- › Nationalrätin Lilian Studer (EVP), 076 575 24 77
- › Marcel Schuler, Leiter Arbeitsgruppe Kampagne Ja zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, 079 589 22 22